

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: W. L. W. Schmidt, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. J. J. Schmidt & Co. Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnr. 1111. — Für Inserate 1917, für die Redaktion 1918, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspostamt Nr. 418.

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.75 RM., monatlich 1.25 RM. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 2.45 RM., monatlich 0.85 RM. Bei den Postämtern vierteljährlich 3.75 RM., monatlich 1.25 RM. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die Tagesblätter 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restamt 25 Pf. — Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 112.

Magdeburg, Mittwoch den 15. Mai 1918.

29. Jahrgang.

Sieg in Zwickau.

Der 13. Mai sollte ein Wahrzeichen sein. Nach zwei Nichtigungen: einmal sollte er den Reaktionen um Seydebrand und Lohmann, die an diesem Tage endgültig das gleiche Recht zu begraben dachten, die Stimmung des Volkes aufzeigen, wenn anders sie überhaupt belehrbar wären. Zum andern aber sollte der 13. Mai für die Zersplitterer der deutschen Arbeiterbewegung, die „Unabhängigen“, ein Menetekel sein. Denn an diesem Montag haben sie sich die

britte beschämende Niederlage

seit der Spaltung der deutschen Sozialdemokratie geholt. Nach Potsdam und Niederbarnim hat jetzt der Arbeiterwahlkreis Zwickau-Schramitzschau den „unabhängigen“ Parteiverderbern eine Abgabe erteilt, die sich gemächelt hat. Im Jahre 1912 wurde der greise Sozialdemokrat Stolle dort mit 27 846 Stimmen wiedergewählt, gegen 17 982, die auf einen nationalliberalen Sammellistenkandidaten fielen. Seit 1890 war Stolle ununterbrochen als Sozialdemokrat Vertreter dieses Kreises gewesen. Bei der Fraktions- und Parteispaltung aber trat er zu den Unabhängigen über. Aus dieser Tatsache glaubten die letzteren jetzt das Recht herleiten zu dürfen, den Wahlkreis als ihren Besitzstand zu betrachten. Mit allen Kräften ihrer jungen besonders in Leipzig starken Organisation stürzten sie sich auf den Wahlkreis, und was Fanatismus leisten kann an politischer Propaganda, das hat der unabhängige Fanatismus in dem 18. jährlichen Wahlkreis geleistet. Der Erfolg aber dieser ganz einseitig auf die Verfeinerung der „Regierungssozialisten“ eingestellten Wahlpropaganda? Der

Sozialdemokrat ist gewählt,

der „Unabhängige“ hat noch nicht einmal so viel Stimmen erhalten als ein gelber Unternehmerschlingel, der unter der Maske eines „süchtigen Arbeiters“ die Politik der alldeutschen Kapitalistenkreise einzuschmuggeln dachte. Nach den letzten Wahlsitzungen, die aus Zwickau übermittelt werden, erhielten:

Bezirkssekretär Meier (Sozialdem.)	12433 Stimmen,
Arbeiter Klug (gelb)	6096
Gewerkschaftsbeamter Hedert (Unabh. Soz.)	5096

Ein antijewischer Sonderling erzielte noch 102 Stimmen. Zwar fehlen noch die Resultate von einigen kleinen Orten, doch wird an dem Gesamtergebnis dadurch nichts mehr geändert. Die Niederlage der Unabhängigen ist auch hier befestigt, der Sieg der alten Sozialdemokratie über allem Zweifel. Weder die Lockungen der alldeutschen-gelben „Arbeiter“-Kandidatur, noch die wüsten Schimpfereien der unabhängigen Zersplitterer haben die sozialistische

Wählerschaft dieses alten sozialdemokratischen Wahlkreises irremachen können. In geradliniger Geschlossenheit sind sie auf dem Wege geblieben, auf dem die Partei jahrzehntelang von Erfolg zu Erfolg geschritten war. Die unabhängigen Zersplitterer haben nicht einmal eine Stichwahl zu erreichen vermocht und, wenn es ihnen durch ein paar Stimmen mehr gelungen wäre, die Sozialdemokratie in einen zweiten Wahlkampf zu drängen, wären nicht sie selbst, sondern der Gelbe der Stichwahlbewerber gewesen. So haben die Wähler aber von vornherein die Unabhängigen vor der weiteren Blamage bewahrt, in einer Stichwahl etwa für die — Gelben stimmen zu müssen, um ihre früheren Parteigenossen herunterzuzwingen.

Wir haben nach allem, was wir erlebt, sehr wenig Hoffnung, daß etwa die Führer der Unabhängigen in ihrer politischen Verarmtheit

aus dieser Niederlage zu lernen

instande wären. Vielmehr darf man erwarten, daß sie wie Potsdam und Niederbarnim so auch Zwickau-Schramitzschau in einen Erfolg für sie umzubiegen suchen werden. Vielleicht aber sind doch die Arbeiter, die sich aus Verärgerung und Zorn über die Unzulänglichkeiten, die der Krieg mit sich bringt, der vermeintlich radikalsten Gruppe angeschlossen haben, noch einer Belehrung zugänglich, wenn sie sich die mächtigsten Bismars in aller Ruhe ansehen.

Im Jahre 1912 wurden im Wahlkreis insgesamt rund 46 000 Stimmen abgegeben. Davon entfielen rund drei Fünftel auf die geschlossene Sozialdemokratie, der Rest auf die bürgerlichen Gegner. Diesmal sind insgesamt — nach den vorliegenden Zahlen — 23 667 Stimmen abgegeben, also etwas mehr als die Hälfte der Zahl von 1912. Kam es nun nicht darauf an, durch einen mächtigen geschlossenen Aufmarsch der sozialistisch und demokratisch gesinnten Volkskreise gegen Alldeutsche und Kriegsverlängerer, für den Frieden und gegen die Wahlrechtsfeinde zu demonstrieren? Rechnen wir die Stimmen beider Sozialisten zusammen, so ergibt sich, daß

insgesamt 17 469 sozialdemokratisch

waren, gegenüber nur 6200 gelb-amerikanisch-alldeutschen. Während also beide sozialdemokratischen Parteien zusammen zwei Drittel der früheren sozialdemokratischen Stimmenzahl aufbrachten, konnte es der gelb-alldeutsche Kaddekmundkandidat nur auf ein Drittel der früheren bürgerlichen Stimmen bringen. Da nun die jetzige Wahlbeteiligung nur fünfzig Prozent der früheren beträgt, so wäre für die Sozialdemokratie ein verhältnismäßig erheblicher Gewinn zu verbuchen gewesen, wenn nicht durch die Spaltung und die gehässige Agitation der Unabhängigen

noch viele Wähler von der Wahlurne ferngehalten wären, die einem gemeinsamen sozialdemokratischen Kandidaten schon aus Protest gegen die kriegsverlängernden alldeutschen Tendenzen die Stimme gegeben haben würden.

Ist somit der Wahlausgang eine erneute Abgabe an die Revolutionspielerei der Unabhängigen, deren Kandidat selbst zur Spartacusgruppe, also zum linken der linken Flügel der Unabhängigen gehört, so bedeutet das Gesamtergebnis doch gleichzeitig ein

Warnungsmal für die Reaktionen,

die am gleichen Tage das gleiche Recht für das preussische Volk zu menschen dachten. Es ist selbstverständlich, daß die Frage des gleichen Rechtes, sowohl für Preußen wie für Sachsen, von der Sozialdemokratie im Wahlkampf ausgiebig erörtert worden ist. Die Wähler, die für den sozialdemokratischen Kandidaten votierten, geben damit ihre Stimme gleichzeitig ab gegen Rural- und Klassenwahlrecht. Und da man in dieser Hinsicht die unabhängigen Stimmen unbeanstandet mitzählen darf, ergibt sich, daß drei Viertel aller Abstimmenden sich lädenlos und klar gegen die Volks- und Wahlrechtsfeinde aussprachen. Wer hören kann, der höre! Wer die Stimmung des Volkes erkennen will, hat hier die beste Gelegenheit dazu. Und wenn es der Regierung Ernst ist mit der Einlösung des Königswortes und ihrer eignen feierlichen Zusage, so muß sie allen Seydebrandern und Lohmannern zum Troste sofort das

preussische Dreiklassenhaus auflösen

und das Volk zum Gesamturteil über die Politik der Reaktionen aufrufen. Wir zweifeln nicht daran, wie dieses Urteil ausfallen wird, trotz der die Kraft der Arbeiterklasse zersplitternden Tätigkeit der Unabhängigen. Aber viele im Volke haben begründeten Anlaß, an der Ehrlichkeit und dem festen Willen der Regierung zu zweifeln, die auf jede Provokation mit neuem Labieren antwortet. Dem Gedanken des gleichen Wahlrechts und der Sozialdemokratie kann das allerdings nicht schaden. Minister Friedberg hat am Montag im Abgeordnetenhaus erklärt, mit der Ablehnung der Regierungsvorlage sei die Sache nicht erledigt. Das sei nur die Expositio, das

Drama folge erst nach!

Das Wort soll bestehen bleiben. Auch die Wahl Zwickau-Schramitzschau bedeutet für die Abrechnung mit den Volksfeinden nur eine Expositio, das Drama der allgemeinen Abrechnung wird erst nachfolgen. Wir brennen förmlich vor Verlangen auf die allgemeinen Reichstagswahlen. Dann wird den Junkern und ihren nationalliberalen Gefolgsmännern eine so gründliche Belehrung zuteil werden, daß dagegen der Abfall ihrer gelben Sammellistenkandidatur in Zwickau nur ein Kinderpiel gewesen sein wird. —

Die Besitzenden sollen zahlen.

In einer Wählerversammlung in Zwickau sagte Genosse Seydebrand, der Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und den Unabhängigen bestehe darin, daß die Unabhängigen über Grundsätze Reden halten, während die Sozialdemokraten befehle seien, diese Grundsätze durchzuführen. Ein neues Beispiel für die Nichtigkeit dieser allgemeinen Beobachtung bilden die Vergänge, die sich zurzeit im Hauptauschuß des Reichstags abspielen, der jetzt als Hauptsteuerausschuß fungiert. Als Graf Noebern sein

zshufaches Steuerbündel

mit großem Getöse auf den Tisch warf, war die Kritik im allgemeinen, besonders aber auf der Linken sehr scharf. Ihr kurzer Inhalt war der, daß die Dreimilliarden-Steuererlösen in der Hauptfrage Verzehr und Verkehr und damit die verbrauchenden besitzlosen Schichten belasteten, während die Besitzenden, die Reichen und die im Kriege noch reicher Gewordenen ziemlich ungerührt davonkamen. An diese Tatsache ließe sich einen ganz hübschen allgemeinen Betrachtung anknüpfen über das Wesen der Klassenkämpfe, das sich auch in der Gestaltung der Steuern ausdrücke — siehe darüber schon Raffale — und jeder Sozialdemokrat werde solche Betrachtungen unterzeichnen. Die sozialdemokratische Presse-

tagsfraktion hat sich nun auf das Theoretisieren, so nüchtern dieses auch sonst sein mag, nicht beschränkt, sondern hat den Kampf für die Schwachen auch auf diesem Gebiet aufgenommen. Sie ist zu diesem Zwecke — mit den bürgerlichen Parteien gegangen, was oberflächlichen Betrachtern ein arger Widerspruch zu sein scheint, aber doch keiner ist.

Der neue Antrag auf

Einführung eines Vorkriegsbeitrags

auf Einkommen und Vermögen trägt neben den Unterschriften der Sozialdemokraten auch die von Zentrumsmitgliedern, Fortschrittlichen, ja sogar Nationalliberalen. Niemand wird behaupten, daß diese Parteien ihrer Klassennatur nach auf die Besteuerung des Besitzes besonders erpicht sein müßten, aber als Gewählte des allgemeinen Wahlrechts können sie dem moralischen Druck, der von unten kommt, nicht mehr oder doch nicht in dem Maße widerstehen, wie manche von ihnen möchten. So ist der Antrag der Vorkriegsbeitragsparteien zustande gekommen, der von allen Einkommen über 20 000 Mark

eine ziemlich ergiebige Kriegsabgabe erheben will.

Diese Kriegsabgabe soll an die Stelle der bisherigen Kriegsteuer treten, von der Frau Müller (Gulde) mit Recht

gefragt hat, daß sie unvollkommen ist. Wir können das ruhig zugeben, obgleich die Väter dieser Steuer nicht weitlich von der sozialdemokratischen Presse zu suchen sind. Schon im Herbst 1914 hatte in der sozialdemokratischen Presse eine sehr lebhaft propagandistische eingeseht für die Heranziehung der im Kriege gemachten privaten Gewinne zu den Kriegsausgaben des Reiches. Ein Anknüpfungspunkt ergab sich in dem damals schon bestehenden Gesetz über die Besteuerung des Vermögenszuwachses zum Nutzen des Reiches. Die Sätze dieser Zuwachsteuer waren aber so niedrig, daß ihre Aufrichterhaltung während des Krieges geradezu als eine Unmöglichkeit erschien. Der im Kriege dabei heimlich aus dem Blut seiner Volksgenossen Millionen machte, der konnte nicht mehr nur mit Tausendstel seines Vermögenszuwachses besteuert werden. So entstand durch Erhöhung der Zuwachsteuer die Kriegsteuer, die ihrer zugegebenen Unvollkommenheit bisher 5,2 Milliarden, mehr also als die Kriegsentfädigung von 1870/71, getragen hat.

An die Stelle dieser Kriegsteuer soll nun eine

Abgabe vom Einkommen

treten, die um so höher wird, je höher das Einkommen des Steuerzählers während des Krieges im Verhältnis zum

Friedenseinkommen gesteigert worden ist. Damit wird ein Fehler der Kriegsteuer korrigiert.

Die Kriegsteuer besteuert nämlich nicht schlechtweg das Verdiente, sondern nur das Zurückgelegte, zum Vermögenszuwachs gewordene Geld, das verdiente, aber sofort wieder mit vollen Händen hinausgeworfene Geld läßt sie unberührt.

Daneben arbeitet die sozialdemokratische Fraktion sehr energisch an einem Aufbau der bei uns stets in den Anfängen stehengebliebenen Erbschaftsbesteuerung.

Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie für eine ausgiebige Besteuerung des Vermögens nicht etwa arbeitet aus Neid der heillosen Klassen, oder aus Schadenfreude darüber, daß andre zahlen sollen.

Der letzte Endes angestrebte Zweck ist ein sozialer: dadurch, daß ein möglichst großer Teil des Steuerfolls aus Besitzern aufgebracht wird, soll die Möglichkeit geschaffen werden, die breiten Massen zu schonen, Verbrauch und Verfall vor harter Belastung zu schützen.

Natürlich kann heute niemand voraussagen, wie groß der Erfolg sein wird, den die Sozialdemokratie auf diesen Wegen zu erreichen imstande ist, Anlaß zur Kritik am Erreichten wird auf alle Fälle gegeben sein.

Worte, keine Taten!

Am Montag begann im Reichstagen die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlagen.

Zur dritten Lesung liegen wieder zahlreiche Anträge vor. Die Sozialdemokraten und die Nationalliberalen beantragen die Regierungsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Zwei Wege gehen nach dieser Richtung. Der eine geht darauf hinaus, gewisse Modifikationen des Wahlrechts

in den Rahmen des gleichen Wahlrechts hineinzuarbeiten. Wir haben uns bemüht, dies zu tun, haben aber bei der Neuen Entgegenkommen gefunden.

Der zweite Weg bewegt sich in der Richtung der Zentrumsanträge. Wenn wir ihnen zustimmen, so folgen wir dabei dem Appell, den der Ministerpräsident in der zweiten Lesung an das Haus gerichtet hat.

Die Erklärung des Ministers des Inneren bürgt uns dafür, daß wir dabei weder Staatshoheitsrechte noch Rechte der evangelischen Kirche preisgeben.

Wir erwarten aber, daß das Zentrum auch für das gleiche Wahlrecht stimmen wird, und wir hoffen, daß unsere Proporzanträge freundschaftliche Aufnahme finden werden als in der zweiten Lesung.

Abg. Dr. Lüdicke (freisinn.): Meine endgültige Stellungnahme besteht mit uns vor, bis eine Einigung zu den Sicherungsanträgen über den § 3 festgefunden hat.

Der Antrag Lohmann kann die Brücke zu einer Verständigung zwischen der Staatsregierung und uns bilden. Das Wahlrecht, das wir schaffen, muß geeignet sein, die Grundfesten des preussischen Staates zu erhalten.

Das Land will sehen, wer unbefehrbar bleibt, unbefehrbar auch durch das große Erbe dieses Krieges. Wir werden den Wahlkampf im Lande selbst ohne sonderliche Erziehung ertragen.

Wir sind gewiß: aus einer solchen Wahlbewegung wird zuletzt das gleiche Wahlrecht hervorgehen und damit ein verjüngtes und verfrähtes Preußen. (Beifall.)

Abg. Dr. Lohmann (natl.): Mein Antrag bedeutet ein Entgegenkommen gegen die Vorlage der Staatsregierung. Die beabsichtigte Zustimmung zur Vollendung des 50. Lebensjahres ist ein hartes Entgegenkommen gegen die Geübten der großen Volksmenge.

Diejenigen, denen eine solche Zustimmung zugunsten kommen wird, sind auf jeden Fall zahlreicher als auf Seiten der Verfechter. Mit dem fortwährenden Alter gerade vom 25 bis zum 50. Lebensjahr tritt eine erhebliche Zunahme der politischen Reife und der politischen Reife ein.

Wir werden für den Antrag Lohmann stimmen, werden dann die Regierungsvorlage ablehnen, werden aber auch die Staatsregierungsvorlage der zweiten Lesung ablehnen. (Beifall links und rechts.)

Reichspräsident des Reichstages Dr. Friedberg: Der Ministerpräsident bedauert, durch anderweitige Dienstgeschäfte an der Teilnahme an der Sitzung verhindert zu sein.

Er würde sonst natürlich den Staatspräsidenten der Regierung hier begrüßen haben. Es wäre angebracht und undenkbar, wenn ich nicht anwesend wäre, daß die von Abg. Lohmann gestellten Anträge den ersten Willen zu einer Verständigung zeigen, aber ich mag bei erster Sitzung des Antrags sagen, daß er mit den beabsichtigten Zweck zu erfüllen ungerne ist.

Ueber die Altersstimmfrage ließe sich reden. (Beifall links.) Es handelt sich dabei um ein Moment, das vielleicht noch auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts durchzuführen wäre.

Bei den anderen Sachverhalten habe ich Bedenken. Besonders ansehbar ist die Veranschlagung des vorgeschlagenen Wahlsystems in der Gemeinde. In Berlin würde es sehr sehr zahlreiche Arbeiter umfassen sein, die Grundstücke zu erwerben, aber die industriellen Werke in eine demartige Bestimmung gar nicht annehmbar, namentlich nicht gegenüber den Bergarbeitern.

Glücken Sie denn, daß das Wahlrecht mit einer gewissen Mäßigkeit? Dann haben Sie schon ein zu zusammengefaßtes Haus, das die Regierung, wenn sie mit einer Vorlage kommt, ganz sicher sein kann, daß das gleiche Wahlrecht angenommen wird.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Stimme des Reichstages. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist der junckerliche Hochmut, gepaart mit Vernichtung des Volkes in Reinkultur.

Der junckerliche Hochmut, unter dem wir in Preußen seit Jahrzehnten leiden. Das magt man einem Volke wie dem preussischen zu bieten, das selbst nach dem Ausdruck des Fürsten Bülow die intelligenteste Arbeiterschaft der Welt aufweist!

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Der Reichspräsident hat sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen, die die gleiche Wahlrechtsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen.

Scheinönigtum. Wenn Sie dem Volke das Scheinönigtum offenbar machen wollen, so können Sie das nicht deutlicher, als durch Ablehnung des gleichen Wahlrechts, das die Krone versprochen hat. Dann wird es sich zeigen, daß in dieser wichtigen Frage der ungeliebte König von Preußen über den gekrönten den Sieg davonträgt. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Zum Schluß ein Wort an die Regierung. Der Ministerpräsident wie der Vizepräsident des Staatsministeriums und der Minister des Innern haben bei ihrem Amtsantritt die Verpflichtung übernommen, das Wahlrecht loyal und baldigst durchzuführen. Ich richte an die Regierung die Frage, ob sie ein gleiches Wahlrecht mit den Sicherungen, die hier beantragt sind, für eine „loyale“ Durchführung des gleichen Wahlrechts hält. Die große Masse des Volkes ist jedenfalls anderer Ansicht. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Was gedenkt die Regierung zu tun, wenn das gleiche Wahlrecht wieder abgelehnt wird? Durch die heutigen Erklärungen des Herrn Dr. Friedberg sind wir nicht klüger geworden. Mit einem

diplomatischen Gieranz.

mit unverbindlichen Redensarten kann die Regierung in dieser Situation nicht mehr auskommen. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Gerade die unbestimmte Haltung der Regierung hat dazu geführt, daß die Mehrheit gegen das gleiche Wahlrecht eher größer als kleiner geworden ist. Man macht der Regierung Angst vor der Auflösung, vor den Erschütterungen, die durch Neuwahlen über das Land kommen würden. Aber dieselben alldeutschen Kreise haben sich im vorigen Jahre heftig geäußert nach einer Auflösung im Reichstag. (Hört, hört! h. d. Soz.) Gefahren würden durch eine Auflösung des Landtags lediglich herbeigeführt für den Mandatsbesitz der reaktionären Kreise. Möge sich deshalb die Regierung ein Beispiel an Herrn von Heubrand nehmen, der in der Erkenntnis, daß jetzt nur die Tat gelte, nicht mehr viel Worte machte. Möge sie den

Mut zur Tat

haben und dieses Parlament nach Hause schicken. Das würde vom ganzen preußischen Volk als eine Erlösung aus einer unhaltbaren Situation empfunden werden. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Der Sieg ist der Regierung bei einem Appell an das Volk in dieser Frage gewiß. Läßt sie aber durch ihre Unentschlossenheit den Uebermut der Wahlrechtsgegner immer stärker werden, so erleidet sie eine klägliche Niederlage, in die sie den König hineinzieht. Um die Wirkung, die ein solcher Ausgang der Wahlrechtsfrage für die Monarchie im Volke haben würde, mögen die Besorgten sein, die in der Monarchie ihr Ideal erblicken. Das Volk wird daraus den einzigen Schluß ziehen, daß es sich

auf seine eigne Kraft stellen

muß, wenn es die Herrschaft des Junkertums in Preußen in Scherben schlagen will. Ich schließe mit einer Stelle aus einem Briefe von der Front: „Wir haben den nürderischen Waffen der Welt zum Troste die ganze Welt von unserem Heimatboden verjagt, so werden wir auch die paar hundert bolscheistischen Agrarier mit Leichtigkeit hinwegjagen, so daß es sie nie mehr gelüsten wird, mit den Volksrechten Schindluder zu treiben.“ (Lebhafter Beifall h. d. Soz.)

Hg. Dr. Mehring (Unabh. Soz.) verliest zunächst Feldpostbriefe, in denen scharf gegen die Behauptung des Grafen Spee protestiert wird, daß die Verschiebung der Wahlrechtsvorlage bis nach dem Kriege von der Front als eine Erlösung betrachtet werden würde. In einem dieser Briefe heißt es: „Ueber seine Bemerkung, daß er als Kommandant des Stabsquartiers einer Division draußen an der Front eine führende Stellung habe, wird sich an der ganzen Front von Ostende bis Bafel ein dröhnendes Gelächter erheben, und diese Heiterkeit kann man den wirklichen Frontsoldaten gönnen.“ (Hört, hört! h. d. Unabh. Soz.) Zur Sache selbst liegen Betrachtungen über gekrönte oder ungekrönte Könige, über eingelöste oder nicht eingelöste Königsworte ganz außerhalb unsers Gesichtskreises. Ueber das Materielle der Vorlagen hat mein Freund Ströbel bereits eingehend gesprochen. Wenn aber letztlich der Abg. Haenisch sich auf Engels, Lassalle, Marx und Liebknecht zum Beweise für das Staatsgefühl der heutigen Sozialdemokratie berufen und den bürgerlichen Parteien dieses Hauses vorgeworfen hat, daß sie dieses große Kapital an Staatsgefühl der Arbeiterklasse verweigert haben, so sind diese Vorwürfe ungerichtet. Ein großes Kapital an Staatsgefühl und Staatsgefühl in der Sozialdemokratie hat nie existiert. Marx und Engels haben stets den Staat für die Zwangsmaschine erklärt, mit der die Kinderzahl der Reichen und Mächtigen die Mehrzahl der ohnmächtigen Armen im Reine halte. Lassalle dachte in der Theorie anders, in der Praxis aber hat er schon 1849 den preussischen Staat als den Krebschaden der deutschen Nation und als Todfeind der deutschen Arbeiterklasse bekämpft. Wenn Abg. Haenisch uns neulich Karren genannt hat, so scheint mir, daß die hoffnungsfreudige Politik des Abg. Haenisch ihn stark unter den Bann des Wortes gebracht hat: „Am Hofen und Harren erkennt man den Narren.“ (Sehr richtig! h. d. Unabh. Soz.) Auch die Auffassung Haenisch', daß Engels, Marx und Liebknecht erst im Auslande die Vorkämpfer geworden seien, ist unrichtig, wie schon ihre Antwort auf die Ausstreibungsorder aus Preußen beweist.

Wir stehen heute noch auf demselben Standpunkt, auf dem die ganze Sozialdemokratie bis 1914 gestanden hat, daß der preussische Staat der schwerste Schaden der deutschen Arbeiter, der schwerste Feind der deutschen Arbeiterklasse

ist. Es ist die herkömmliche Eigentümlichkeit aller Klassenstaaten, daß sie in ihrer Not den beherrschten Klassen gewisse Zugeständnisse machen. Während aber sonst die herrschenden Klassen dabei wirklich ein Opfer zu bringen pflegen, werden bei solchen Notreformen in Preußen die beherrschten Klassen immer noch einige Stufen hinaufgehoben. Als vor 100 Jahren eine unfähige Politik der preussischen Regierung herzerregendes Gland über die Bevölkerung gebracht hatte, wurde die Verheißung erlassen: Zu Martin 1810 soll es nur noch freie Leute in Deutschland geben. Was aus der Sozialreform von 1806 geworden ist, weiß alle Welt: Die Bauern wurden bis auf die Knochen geschunden zugunsten des Großgrundbesitzes. Mit der Wahlrechtsverheißung vom vorigen Sommer geht es ebenso: wer da hat, dem wird gegeben, damit er die Fülle habe; wer da nicht hat, dem wird genommen, was er hat. Der preussischen Verfassung, dieser wahren Duldlerin, wird

der letzte Atem geraubt.

Wie aber sogar der höchst loyale Geschichtsprofessor Hinke die Revolution von 1848 hauptsächlich auf die Enttäuschung der bauerlichen Klassen durch die Agrarreform von 1806 zurückführt, so werden die Klassen, die heute durch diese Verheißung enttäuscht werden, auch ihre Gegenrechnung machen. Der Fortschritt der Zeit wird sich nur darin bekunden, daß sie diesmal nicht drei Jahrzehnte warten werden, bis sie sich melden, und daß sie dann nicht nur ein halbes Herz machen, wie es ihre Vorfahren am 18. März 1848 gemacht haben. (Leb. Beifall h. d. Unabh. Soz.)

Abg. Karstentz (Soz.): Wir sind für den Schutz der Kirche, aber gegen den Schutz der jetzigen Schulstände. Am Herrenhaus haben wir kein Interesse. Kommt es zur Auflösung, so schaffen wir allein 20 Herren von der Rechten aus diesem Hause. (Lachen rechts.) Das deutsche Kommando gegen die Polen kann dann nicht aufrechterhalten werden und wir werden für alle Abgeordneten eracreten, die für das gleiche Wahlrecht sind.

Damit schließt die allgemeine Besprechung. Die Sicherungsanträge des Reichstages werden gegen die Rechte der Fortschrittler und Sozialdemokraten abgelehnt. Der Gesetzesentwurf über die Zusammenfassung des Herrenhauses wird gegen die Stimmen der Fortschrittler, Polen und Sozialdemokraten angenommen. — Dienstag 11 Uhr Plenarberatung.

Ein zweiter Brief Karls.

Ein englisches Blatt, der liberale „Manchester Guardian“, bringt Enthüllungen über den Inhalt eines zweiten Briefes des jungen österreichischen Kaisers an seinen berühmten gewordenen Schwager, den in belgischen Heeresdiensten stehenden Prinzen Sigis von Bourbon-Parma. Danach soll Karl Friedensverhandlungen in Aussicht gestellt haben auf der Grundlage, daß die Gebietsansprüche der Entente sich auf Elsaß-Lothringen beschränken. Das heißt: Frankreich soll die erstrittenen deutschen Provinzen erhalten, England dafür die deutschen Kolonien herausrüden.

Von Wien aus wird erklärt, daß der angebliche Brief Karls nicht existiert. Das heißt: der Brief mit dem ange deuteten Inhalt. Das heißt aber nicht, daß überhaupt kein zweiter Brief Karls an seinen lieben Schwager Sigis abgegangen ist. Von diesem Briefe war schon bei der Veröffentlichung des ersten durch Clemenceau die Rede. Es wurde hinzugefügt, der zweite sei viel bedeutungsvoller als der erste. Von dem Inhalt wurde nichts mitgeteilt; auch von französischer Seite nicht. Die englische Veröffentlichung macht nun den Eindruck, wie wenn ein Druck auf Clemenceau ausgeübt werden soll, auch den zweiten Kaiserbrief preiszugeben. Zu diesem Zwecke wird die französische Regierung in der Person des Präsidenten Poincaré ganz offen der Friedensgegnerlichkeit bezichtigt, während von dem Knodout-Kaiser Lloyd George behauptet wird, daß er schmerzlichen Herzens sich zur Ablehnung des österreichischen Angebots entschlossen habe.

Die französische Regierung wird diese und andre Vorwürfe nicht ruhig hinnehmen können. Wir werden daher von dem zweiten Briefe Karls noch mehr hören. Vielleicht wird uns auf dem Wege über das neutrale Rußland dann auch noch das Wichtigste, der Braef selbst, einigermaßen bekannt. Vielleicht.

Während dem „Manchester Guardian“ seinen Pfeil abjucht, haben im deutschen Großen Hauptquartier wichtige deutsch-österreichische Verhandlungen stattgefunden. Der Briefschreiber Karl war dazu mit seinen jetzigen Beratern erschienen. Die offiziellen Tropfenmeldungen über das Ergebnis lassen erkennen, daß man sich mit dem deutsch-österreichischen Bündnisvertrag beschäftigt hat. Er soll einen neuen Inhalt erhalten haben. Voraussetzung für diesen Inhalt ist eine Einigung über die östlichen Randstaaten, vor allem über Polen. Die Offiziösen behaupten, daß alles trotz Notwendigkeit in Butter schwimme. Das behaupten die Offiziösen immer, wenn zwei Herrscher mit ihren Ministern sich zusammensetzen. Wir denken darüber skeptischer. Aus alter Gewohnheit und aus neuer Erfahrung. Ganz unwahrscheinlich ist, daß bei den Beratungen eine Lösung gefunden worden ist, der die Sozialdemokratie ihre Zustimmung geben kann.

Ja, unter den obwaltenden Umständen ist sogar eine Lösung platterdings unmöglich. Was auch immer vereinbart sein mag, es kann sich nur um Provisorien handeln. Denn der Krieg tobt noch, der jede sogenannte Lösung morgen wieder in Frage stellen kann, und die österreichische innere Krisis ist ebensowenig geschlichtet oder zu einem Beharrungszustand gelangt. Das Parlament hat bis Mitte Juni vertagt werden müssen, weil mit ihm dank der nationalen Feindschaften nicht zu arbeiten ist. Weil noch nicht Krieg genug ist in der Welt, liegen die Völker Oesterreichs gegeneinander im schwersten Kampfe. Da ist an einen Friedensschluß nicht zu denken. Wohl aber tut man, um sich vor Ueberraschungen zu sichern, gut daran, andre Möglichkeiten ins Auge zu fassen.

Wir warnen daher, auf den offiziellen Beschwichtigungsleim zu treten. Auf den bisher verfolgten Wegen sehen wir keine Möglichkeit, im Osten zu einem Zustand zu kommen, der auch nur bis zum allgemeinen Friedensschluß Dauer verbürgt. Gegen die Auffassung andrer Pfade und Mittel aber steht — die Erkenntnis ihrer Nützlichkeit vorausgesetzt — das Hindernis des Schwertfriedens von Brest-Litowsk. —

Rühlmanns Verbrechen.

Der „Deutschen Zeitung“ gewidmet.

O kommt ihr Leute, kommt und hört
Den neuesten Standes,
Ganz Deutschland ist entsetzt, empört
Ist jegliche Moral!
Junge liegt die Sittenpest,
Hier deckt kein Feigenblatt:
Herr Rühlmann hat in Bukarest ...
Er hat ... er hat ...!

In einem Modcabgrund leucht
Ist juchlos jetzt hinein
Und mache mir die Finger feucht
Am ersten Säulischleim.
Schwamm der Entrüstung ausgepreßt
Auf diese Ungezähnt!
Herr Rühlmann hat in Bukarest ...
Er hat ... er hat ...

Die tentische Sittlichkeit, sie wankt
Wie eine wacke Gull.
In Diplomatenheute krankt.
Der Bollernthron steht nicht mehr fest,
Der Altar purzelt glatt:
Herr Rühlmann hat in Bukarest ...
Er hat ... er hat ...

Er hat — ist auch das nicht genug? —
Schmeißt ihn aus seinem Amt!
Wer wie Herr Rühlmann sich betrug,
Der sei verjemt, verdammt.
Nicht seine Spur zum letzten Rest,
Läßt nichts von ihm bestehen!
Herr Rühlmann hat in Bukarest
Sich — ein Ballett besetzt!

„Sonnens.“

Erud Raudi.

Notizen.

22500 Tonnen. Amtlich wird gemeldet: Cines unter in Flandern stationierten U-Boote, unter dem Kommando des Oberleutnant J. S. Vohs, hat neuerdings während einer 100tägigen Unternehmung im Ostlichen Teile des Nermelkanals bei schärfster feindlicher Gegenwirkung 7 bewaffnete Dampfer mit zusammen 22500 Bruttoregister-tonnen versenkt, darunter zwei wertvolle mit mehreren Geschützen bewaffnete, 5000 Bruttoregister-tonnen große Schiffe. Die Dampfer waren, mit einer Ausnahme, tief beladen, und zwar, wie aus dem Urie der Versenkungen mit Sicherheit geschlossen werden kann, vorwiegend mit Kriegsmaterial für den Feind. Die Unternehmung des bewährten Kommandanten stellt eine hervorragende Leistung dar. —

Eine Einladung an die deutsche Sozialdemokratie. Der neue Hetman der Ukraine, Skoropadski, hatte dieser Tage den Sonderberichterstatter N. Rothert zur Tafel geladen. Ueber einige bemerkenswerte Neuerungen des Hetmans berichtet der Gast in der „B. Z. am Mittag“: „In allem Ernst und ganz offiziell im Beisein des Ministerpräsidenten und des Verweiers des Ministeriums des Innern richte ich hiermit, so äherte der Hetman, durch Ihres Blattes Vermittlung die Einladung an die deutschen Sozialisten, drei ihrer Parteimitglieder nach der Ukraine zu entsenden. Ich verbürge mich dafür, daß sie aufs beste aufgenommen werden und in keiner Weise in der Bewegungsfreiheit behindert sein werden. Sie werden alles sehen, alles prüfen und mit jedermann sprechen können, und dann sollen sie als sozial unterrichtete und aufrechte Männer die Wahrheit verkünden. Aus der Ferne sehen die Dinge ganz anders aus als aus der Nähe. Ich würde es freudig begrüßen, wenn die deutschen Sozialisten sich unsere Verhältnisse und die neuesten europäischen „Thronen“ ganz aus der Nähe betrachten wollten.“ —

Albert Hänel †. Einer der bekanntesten Führer des bürgerlichen Liberalismus aus alter Zeit, Albert Hänel, ist in Kiel im Alter von 85 Jahren gestorben. Hänel's politische Laufbahn begann schon im Jahre 1867, wo er in den Reichstag und in den Landtag zugleich gewählt wurde. Im Landtag blieb er bis 1887, dem Reichstag gehörte er mit jährlicher Unterbrechung bis 1903 an. In beiden Parlamenten hat er längere Zeit hindurch das Amt eines Vizepräsidenten bekleidet. Innerhalb der Partei war er ein entschiedener Gegner Eugen Richters und trat auch bei der Spaltung zur freijünglichen Vereinigung über. Er hat sich dann, wie andre Mitglieder dieser Gruppe, der alte Schröder und vor allem Theodor Barth, mehr nach der demokratischen Seite hin entwickelt. Hänel war Professor der Rechte in Kiel und hat eine große Reihe juristischer und besonders staatsrechtlicher Schriften verfaßt. —

Sie entschuldigen sich. Zu der Anfrage des Abgeordneten Dr. Südekum (Soz.) im Reichstag betreffend die Beteiligung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriker an einer amerikanischen Gesellschaft in Philadelphia teilt die Verwaltung mit, daß es sich um eine Beteiligung an einer amerikanischen Kugellagerfabrik handelt, welche Kugellager, speziell Kugellager für Maschinenbau, fabriziert, und nicht um eine Waffenfabrik. Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriker waren an dieser amerikanischen Gesellschaft bereits seit dem Jahre 1911 beteiligt und haben die Verbindung bei Kriegsbeginn sofort gelöst. —

Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Rußland in Kiew. Die ukrainische Regierung ist mit der russischen Regierung dahin übereingekommen, daß die Friedensverhandlungen zwischen den beiden Regierungen nicht in Kurzk, sondern in Kiew stattfinden sollen. Die beiderseitigen Delegationen werden schon in allernächster Zeit in Kiew zusammentreten. —

Aus Finnland. Das Koppenhagener Blatt „Berlingske Tidende“ meldet aus Gelsingfors, daß der finnische Landtag wahrscheinlich am 15. Mai zusammentreten wird. Von den früheren 70 sozialistischen Landtagsabgeordneten sind nur noch 15 vorhanden, die übrigen sind entweder gefangenengenommen oder geflüchtet. Mehrere der bekanntesten Führer halten sich in Petersburg auf. Die bei Wiborg gemachte Beute wurde auf 2 Milliarden Mark geschätzt, die Gesamtzahl der Gefangenen mit 80 000 angegeben. — Die täglichen amtlichen Berichte des finnischen Hauptquartiers sind, einer Stockholmer Meldung zufolge, nunmehr eingestellt worden. Es sei dies ein sichtbares Zeichen dafür, daß der Bürgerkrieg in Finnland erfolgreich beendet ist. Die zwölf Mitglieder der finnischen Reinen Regierung befinden sich in Petersburg mit einer Menge Flüchtlingen der Roten Garde. Die finnische Regierung hat die Auslieferung der Roten Regierung von Rußland gefordert, es sei jedoch anzunehmen, daß die russische Regierung diesem Verlangen nicht nachkommen wird. —

Pause.

M. E. S. Großes Hauptquartier, 14. Mai 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An den Kampfzonen ließ die in den frühen Morgenstunden gesteigerte Feuerstätigkeit im Laufe des Vormittags nach. Am Abend lebte sie wieder vielfach auf. Nach heftiger Feuerwirkung nördlich vom La-Wassé-Kanal versuchten die Engländer am Abend starke Teilangriffe gegen unsere Stellungen nördlich und südlich von Gibeuchy. Sie wurden verlustreich zurückgeschlagen. Die Erkundungstätigkeit blieb reg.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Das gleiche Wahlrecht verworfen.

M. E. S. Berlin, 14. Mai. Im Abgeordnetenhaus wurde heute Mittag der Antrag, den § 3 der Regierungsvorlage wiederherzustellen, der das gleiche Wahlrecht einführt, in namentlicher Abstimmung mit 236 gegen 185 Stimmen abgelehnt. —

Ablehnung des Antrags Lohmann.

M. E. S. Berlin, 14. Mai. Das Abgeordnetenhaus lehnte in namentlicher Abstimmung auch den Antrag Lohmann, der unter gewissen Voraussetzungen zwei Sitzstimmen zur Grundstimme gewährt, mit 238 gegen 73 Stimmen ab. —

Dankfagung. für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unserer einzigen, lieben Tochter Frieda...

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Nachruf. Am 12. Mai verstarb unser langjähriger Mitglied, der Arbeiter Karl Bloß...

Rechtsbureau Referendar a. D. Lebegott, Große Ringstraße 5, Auktions- und alle schriftlichen Arbeiten in Rechts- und Steuerfachen.

Richard Kreifenbaum. Die Buchführung führt am Sonntag um 12 Uhr von der Kapelle des Friedhofes aus fort.

Albert Stredice. Die Buchführung führt am Sonntag um 12 Uhr von der Kapelle des Friedhofes aus fort.

Hermann Müller. Ich habe das Glück gehabt, ein glückliches Kind zu bekommen...

Für den Pfingst-Bedarf. Empfehlenswerte Angebote! Damen-Bekleidung — Kinder-Bekleidung, Kinder-Hüte — Handschuhe — Strümpfe, Konfektionierte Weißwaren, Herren-Wäsche — Herren-Krawatten usw. Steigerwald & Kaiser, Breiteweg 152/154 Magdeburg

Hühnerungen, eingetrag. Marke. Köpfige Fr. Meyer, Schützenstraße 1, 1. Stopp.

Zahnarzt Freitag, Magdeburg, Südfriedhof, 20. Zahnärztin in Marode.

Albert Stredice. Die Buchführung führt am Sonntag um 12 Uhr von der Kapelle des Friedhofes aus fort.

Hermann Müller. Ich habe das Glück gehabt, ein glückliches Kind zu bekommen...

Carl Schramm, Magdeburg, Alte Ulrichstraße. Grösste Auswahl Damen-Handtaschen, Geld- u. Scheintaschen, Zigarren- u. Brieftaschen sowie sämtl. Lederwaren.

Damenpub. Ich möchte als ganz besond. wertvoll bezeichnet werden.

H. Sternau. Ich habe das Glück gehabt, ein glückliches Kind zu bekommen...

Sehn-Praxis A. Sengatowski. Ich habe das Glück gehabt, ein glückliches Kind zu bekommen...

Alkoholfreier Punsch à Liter 2.25. Reine Wanne mehr für 2.00.

Limonaden. Schillers Weinhandlung, Große Ringstraße 11.

Bettwäschen. Ich habe das Glück gehabt, ein glückliches Kind zu bekommen...

Max Burchard. Ich habe das Glück gehabt, ein glückliches Kind zu bekommen...

schöne Strohhüte. Ich habe das Glück gehabt, ein glückliches Kind zu bekommen...

Backpulver. Ich habe das Glück gehabt, ein glückliches Kind zu bekommen...

Jede kluge Hausfrau schätzt die größte Schonung ihrer Wäsche, blütenweißes Aussehen, Arbeits- und Kohlenersparnis. Burnus. Kein Kriegsfabrikat!

Rechtsbureau Referendar a. D. Lebegott, Große Ringstraße 5, Auktions- und alle schriftlichen Arbeiten in Rechts- und Steuerfachen.

Für kriegstechnische Zwecke wurde ich als Beauftragter der Kriegs-Rohstoff-Abteilung. Frauenhaar zu neuem festgefeshtem Höchstpreis. Arno Lenk, Blücherstraße 1.

Künstliche Limonaden. mit Himbeer-Aroma pro Liter 1.75, „Spezialität“ Eislimetta pro Liter 2.00.

Blusen in Seide, Bluse usw. Röcke Kostüme Mäntel in Seide und noch guten Stoffen zu solchen Preisen. Reichswaren, als: Blusen sind noch vorräthig. Steverlings Einlagegeschäft 17 Jakobstraße 17.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 112.

Magdeburg, Mittwoch den 15. Mai 1918.

29. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

164. Sitzung.

Berlin, 13. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Graf Roderich von Krause.

Der Etat des Marineamts wird nach den Beschlüssen der Kommission (diese hat fünf Intendanturen gestrichen) angenommen, desgleichen die Resolution der Kommission, Beauftragte bei der Marine einzurichten, und eine Resolution Ebert und Genossen (Soz.), daß den Angestellten in den Marinebetrieben die prozentualen Pauschsätze für Mehrleistungen nicht auf Kriegsteuerungszulagen angerechnet werden. Es folgt die Beratung des

Etats des Reichsschatzamts.

Abg. Körwinkel (natl.) bittet, die unansehnlich gewordenen Schatzscheine durch neue zu ersetzen.

Abg. Werner (Gesetzl., D. Frakt.) bittet, auch die Kriegsveteranen von 1870/71 bei Teuerungszulagen nicht zu vergessen.

Abg. Vogtherr (Unabh. Soz.): Wo sind die Strafgebelde zufolge des Schiedsgerichtsverfahrens, in der Schuhindustrie allein 3, 1 Million Mark etatifiziert? Sehr zu mißbilligen ist, daß bei der letzten Kriegsanleihe Zwang auf Soldaten zum Zeichnen ausgeübt wurde, ebenso ungebührlich war die Verteilung durch Schulkinder. Ungeheuerlich ist, daß Münzelgelber in Kriegsanleihe angelegt wurden. In das selbe Kapitel gehört der Druck auf Zeitungen, daß sie in Inseraten zum Zeichnen von Kriegsanleihen auffordern mußten. Auch auf die wirtschaftlich abhängigen Arbeiter wurde ein Druck ausgeübt zum Zeichnen von Kriegsanleihe, obwohl die Arbeiter von dem Kriege gar nichts wissen wollen. (Beifall b. d. Unabh. Soz.)

Abg. Zimmermann (natl.): Der große Erfolg der Kriegsanleihe ist der ausgezeichneten Organisation des Reichsschatzamts zu danken. Wir haben die absolute Sicherheit, daß England uns finanziell nun und nimmer niederschlagen kann.

Abg. Prinz Schönau-Carolath (natl.) begründet einen von allen Parteien unterstützten Antrag, den Ehrensold der alten Kriegsveteranen von 64, 66 und 70/71 angesichts der Teuerungszulagen zu erhöhen.

Abg. Ebert (Soz.): Ich kann mich dem Vorredner nur anschließen. Eine Aufbesserung der Bezüge der Kriegsveteranen ist dringend geboten. Wir haben allen Beamten und Angestellten Teuerungszulagen gewährt. Warum sollen die Veteranen allein ausgenommen sein. Ich empfehle den Antrag aufs dringendste.

Abg. Dr. Müller (Meiningen, Fortschr. Vp.) schließt sich dem Vorredner an.

Der Etat wird bewilligt, der Antrag Schönau-Carolath wird angenommen.

Es folgt die Beratung des

Etats des Reichsjustizamts.

Abg. Dr. Belzer (Ztr.): Angesichts der Erwertung des Geldes sollten die Geldstrafen erhöht werden; in gewissen Fällen sollte auch auf Konfiskation erkannt werden. Nach dem Krieg ist eine Stärkung der Autorität der Gerichte dringend notwendig; das kann am besten geschehen durch Heranziehung von Männern aus dem Volke zur Rechtsprechung auch bei Zivilstreitigkeiten. Die im vorigen Jahr angenommene Resolution gegen den Kriegswucher hat leider nicht die Zustimmung der Regierung gefunden, sie hat auf eine Revision des Kriegswucherrechts verwiesen. Aber bis jetzt ist eine solche nicht erfolgt; ich frage den Staatssekretär, wie es damit steht. Denn jeder Tag Verlust ist von Uebel.

Die häufigste Erscheinung, die der Krieg gezeitigt hat, ist die ungeheure Steigerung der Kriminalität. Die Zeit ist vorbei, in der der Krieg als Generator (Erneuerer) aller jüdischen Kräfte gefeiert wurde. (Sehr wahr!) — In Köln wurde ein Arbeiter, der in der Fabrik ein paar Lederriemen mitgenommen hatte,

wegen Landesverrats zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt. (Lebhaftes Gähnen, Lachen.) In Wiesbaden dagegen wurde der bekannte Philippi freigesprochen, obwohl sein Bruder und Kompagnon wegen desselben Vergehens vom Militärgericht verurteilt worden ist. Derartige Urteile widersprechen aufs höchste dem Rechtsempfinden des Volkes. (Lebhafteste Zustimmung.)

Abg. Heine (Soz.):

Von Recht ist in der jetzigen Zeit nur wenig die Rede, dagegen sehr viel von Gewalt. Das schlimmste ist, daß in der ganzen Welt der Glaube an das Recht gestürzt ist. Wenn es Politiker gibt, die, ohne sofort aus dem Tempel gejagt zu werden, sagen, man dürfe nicht auf einen Rechtsfrieden hinarbeiten, sondern auf einen Frieden der Gewalt, dann darf man sich auch nicht wundern, daß andre Leute sagen, wir können mit unsern guten Freunden und Nachbarn ebenso umspringen, wie man dem Vaterland zumutet, mit seinen Nachbarn umzuspringen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Rechtspflege ist bei uns im großen Umfang aufgehoben.

Die Unpfändbarkeitsgrenze muß erhöht werden und die Angehörigen der Kriegsteilnehmer müssen einen besseren Schutz gegen Pfändungen überhaupt erhalten. Die Reform der Strafprozessordnung darf nicht bis nach dem Kriege verschoben werden, vielmehr ist die jetzige Zeit für großzügige Reformen geeignet, weil der Krieg uns genügt gemacht hat, über Kleinigkeiten hinwegzugehen. Mehr wie je stellt sich die Notwendigkeit heraus, das Wiederaufnahmeverfahren zu erleichtern, denn mehr wie je werden harte Urteile aus gelegentlicher Stimmung heraus gefällt. (Sehr wahr!) Die steigende Kriminalitätsziffer zeigt, daß soziale, politische, überhaupt außerhalb des Willens der Beteiligten liegende Verhältnisse an dem Vergehen schuld sind. Es ist daher verfehlt, dem Uebel mit härteren Strafen abhelfen zu wollen. Das wichtigste und traurigste Kapitel ist das der Jugendlichen-Kriminalität, sie ist schon immer der

Schandfleck an unserm sozialen Körper gewesen. Hier tut Abhilfe dringend not. Das Kriegsnotegesetz, das der Jugendausschuß empfiehlt, wird nicht genügen, wenn wir natürlich auch die Heraushebung der Strafbarkeit von 12 auf 14 Jahre begrüßen. Am besten wäre es, auf das feinerzeit in der Kommission stehengebliebene Gesetz über das Verfahren gegen Jugendliche zurückzugreifen. Die Hauptsache für mich ist darin — ich sage dies nur für meine Person, nicht für meine Fraktion —, daß das Prinzip der Legalität (Zwang zur Erhebung der Anklage für den Staatsanwalt) wenigstens an einer Stelle durchbrochen wird. Kinder, und um solche handelt es sich hier, muß man guten Einflüssen unterwerfen, nicht aber ins Gefängnis stecken. Nirgends kann die Rechtspflege dem Rechte besser dienen, als auf diesem Gebiet. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Abg. Dr. Müller (Meiningen, Fortschr. Vp.): Die schlimmste Folge des Krieges ist die Untergrabung des Rechtsgefühls. Trotz der völkerrechtlichen Berechtigung des Krieges ist und bleibt er doch die Negation des Rechtes. Den Schleißhandel müssen wir bekämpfen, aber diese Bekämpfung darf nicht in Schlitzen gegen die Bevölkerung ausarten. Sehr bedauerlich ist die Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen. Die Jugendlichen soll man nicht durch Strafen, sondern durch erzieherische Maßnahmen zu fördern suchen. Kinder von 14 Jahren — leider beginnt die Strafbarkeit bei uns schon mit 12 Jahren — gehören überhaupt nicht auf die Anklagebank. (Beifall.)

Abg. Strauß (natl.) schließt sich im wesentlichen dem Vorredner an.

Staatssekretär des Reichsjustizamts v. Krause: Die Kriegsmacher-Verordnung vom Juli 1915 hat sich im großen und ganzen bewährt, in Verbindung mit dem Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach bei Verstößen gegen die guten Sitten Konfiskation des Erworbenen eintreten kann, wird man auch unerschütterliche Gewinne einsparen können. Für die Reform des Strafrechts kann der Entwurf von 1915 die Grundlage nicht mehr

abgeben. Denn die Erlebnisse des Krieges haben eine Umwertung der Persönlichkeit innerhalb der Gesellschaft und des Volkes gezeitigt, und diesen Erfahrungen muß auch eine neue Strafprozessreform Rechnung tragen. Deshalb kann während des Krieges die große Reform nicht in Angriff genommen werden. Wenn aber der Reichstag wünscht, daß die wichtige Frage des Jugendrechts vor der allgemeinen Reform erledigt wird, so wird die Regierung nicht widersprechen.

Der Abgeordnete Heine betrachtet unser Rechtsleben sehr pessimistisch. Gewiß liegen viel unerfreuliche Erscheinungen vor. Ich erinnere ihn nur an das Wort des Philosophen Kant: „Wir sind nicht dazu da, glücklich zu sein, sondern unsre Schuldigkeit zu tun.“ Nun wir das, so werden wir dazu beitragen, auch auf diesem Gebiet wieder den Sonnenchein zu wecken.

Abg. Böhly (Konf.): Die Zwangswirtschaft zerstört die Rechtssicherheit und das Rechtsbewußtsein; besonders leiden darunter die Landwirte; für die Rechtsabwälte ist eine Gebührenerhöhung notwendig, die den modernen Verhältnissen Rechnung trägt.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr.

Schluß 5 1/2 Uhr. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Kriegslöhne der Bauarbeiter.

Der Deutsche Bauarbeiterverband hat vor einigen Monaten eine Erhebung über die Bauarbeiterlöhne in ganz Deutschland vorgenommen. Etichtag für die Angaben war der 8. Dezember 1917. Seitdem ist eine weitere Teuerungszulage von 10 Pfg. in Kraft getreten und eine neue Teuerungszulage von 5 Pfg. durchgeführt. Die Löhne stehen jetzt im allgemeinen also 15 Pfg. höher als zur Zeit der Erhebung. Um aber die Lohnsteigerung im Kriege auszurechnen, müssen wiederum 8 Pfg. abgezogen werden, die schon vor dem Kriege zugefanden waren.

Nach der Erhebung, die 90000 Bauarbeiter erfaßte, und alle Orte ergriff, beträgt der durchschnittliche Stundenlohn der Maurer 95,7 Pfg. oder 87,8 Prozent mehr als vor dem Kriege; der der Hilfsarbeiter 85 Pfg. oder 88,9 Prozent mehr als vor dem Kriege. Der durchschnittliche Stundenlohn der Erdarbeiter 82,5 Pfg., der Beotnarbeiter 103,7; der Stoffarbeiter 140,6; der Eisenarbeiter 144,4; der Holzer 118 und der Spezialmaurer 100,7 Pfg. Daneben erhielt in allen Berufsgruppen noch etwa ein Fünftel der Berufstätigen eine besondere Auswandsentschädigung für Arbeiten außerhalb des Wohnortes.

Ganz grob im allgemeinen wird man also sagen können, daß der Geldlohn der Bauarbeiter heute durchschnittlich doppelt so hoch ist wie vor dem Kriege. Daß die Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel stärker gestiegen sind und die Kaufkraft des Bauarbeiterlohnes also demnach geringer ist als vor dem Kriege, versteht sich am Rande. —

Ein Entgegenkommen an die Gewerkschaften. Das stellvertretende Generalkommando in Kassel hat verfügt, daß bei gewerkschaftlichen Versammlungen in Zukunft die Anmeldefrist wegfällt und gewerkschaftliche Mitteilungen nicht mehr der Vorzensur unterliegen. Die neuen Bestimmungen lauten: „Bei gewerkschaftlichen Versammlungen genügt eine fristlose Anzeige vor Beginn der Versammlung. Ausgenommen von der Anmeldepflicht sind Versammlungseinladungen und sonstige Veröffentlichungen der Gewerkschaften, soweit sie deren Angelegenheiten betreffen.“ Die übrigen Versammlungen und Veröffentlichungen bleiben der Anmeldepflicht 48 Stunden vor dem Stattfinden oder der Ausgabe unterworfen. Das Entgegenkommen an die Gewerkschaften sollte allen Generalkommandos als Beispiel dienen. —

So wahr mir Gott helf!

Eine Bauerngeschichte aus dem Lausus von Fritz Nibel.

(58. Fortsetzung.)

(Nächstes heftweise.)

„Un was soll jetzt wern, Andres? Was willst Du tun?“ fragte Frau Sabine Kleinlauf.

„Was ich tun will? Uff die Kniee mich vor ihn hinwerfe un mit uffgehobene Händ um Verzeihung bitte — des langt nit! Doch mich, frog mich nit! Gätt ich meiner Lebtag geglaubt, daß ich noch emol so en schwere Gang tun müßt? Wer es muß sein, un des sag ich Dir, Mutter, — wieder grokste es in der Stimme des Bauern —, wenn ich's fertig krieg, daß der Mann, dem wir die Ehr abgejchnitte hawe, alles begrawe un vergesse sei läßt — wenn ich's fertig krieg, daß der Christoph mit do her kimmt — dann nimm Dich zusammen und zeig ihm, daß auch Dir etwas an seiner Freundschaft gelege is. Tußt Du ihm nit alle Ehr an, als wenn de Kaiser selbst ins Haus zu uns kum un zwingst Du Dich nit dazu, ihm abzubitten, was wir ihm angehan hawe — dann reißt zwische uns zwaa etwas ausenanner, was in unserm ganze Lewe nit mehr gestickt wern kann!“

Und während Frau Sabine stumm das Haupt neigte, ergriff Andreas Hissenauer seinen Hut und ging mit festen Schritten zur Tür hinaus.

Das Mittagessen im Bergerischen Hause war eben vorüber. Georg und das Gefinde hatten bereits die Stube verlassen und, während eine junge Magd noch mit dem Abräumen des Tisches beschäftigt war, saßen der Hausherr und seine Frau an einem in der tiefen Fensternische stehenden Tischchen bei einer Tasse Kaffee und unterhielten sich über die merkwürdigen Begebenheiten der letzten Tage. Es war erstaunlich, welche Veränderung diese in dem Wesen Christoph Berger's hervorgerufen hatten. Der sonst so schweigsame, schwermütige Mann zeigte sowohl in seiner Rede als in seinen Bewegungen eine Lebhaftigkeit, als wäre er um ein Jahrzehnt jünger geworden. Zufriedenheit mit sich selbst, neu erwachter Lebensmut und eine damit verbundene fast heitere Auffassung der im Gespräch berührten Dinge sprachen aus jedem seiner Worte und ließen seine sonst so schwerfällige Persönlichkeit noch gewinnender erscheinen. Und dennoch lag sowohl in seinem Gebaren wie

auch in den Blicken, die er öfters durch das regenbeschlagene Fenster auf die Straße richtete, etwas wie Narbe und Erwartung, so daß seine Frau, die mit glückstrahlendem Gesicht an der andern Seite des Tischchens saß, ihn mehrere Male forschend ansah. Eben wollte sie wohl eine diesbezügliche Frage an ihn richten, als die Torklingel draußen rasselte und schwere Männer Schritte im Hofe hörbar wurden. Wie elektrisiert erhob sich Christoph Berger von seinem Sitz und trat in die Mitte der Stube.

Von draußen flangen Stimmen; das tiefe Organ eines Mannes, der offenbar eine Frage stellte, die von der in der Küche beschäftigten Magd erwidert wurde. Gleich darauf öffnete sich nach leiserem Klopfen die Tür und Andreas Hissenauer trat ein.

Es war heute das zweite Mal seit einem Vierteljahrhundert, daß die ehemaligen Jugendfreunde sich Auge in Auge gegenüberstanden. Und wie heute morgen auf dem Friedhof am Grabe des alten Lorenz, so tauchten einen Moment ihre Blicke ineinander in stummer Frage, ob trotz der langen bitteren Entfremdung die ehemalige Neigung noch in ihrem Herzen wohnte. Was Andreas Hissenauer im Auge des ihm Entgegenstehenden las, daß mußte ihm wohl die Zuversicht geben, daß seine Bitte nicht ungehört verhallen — in befreiendem Aufatmen hob sich seine Brust, und die Hand vorstreckend, sagte er leise:

„Christoph, ich hab Dir schweres Unrecht angetan — kannst Du mir des je vergesse?“

„Ich wußt, daß Du kimmst, Andres!“ erwiderte Christoph Berger herzlich und erfaßte die ihm dargebotene Hand mit festem Druck. „Un daß Du komme bist, jetzt, wo Du alles machst, wie's geweise is — daran seh ich, daß ich Dir noch was wert bin! Doch alles begrawe un vergesse sein!“

„Christoph! Christoph!“ jagte Andreas Hissenauer mit zitternder Stimme — „Du nimmst mir kaan Vorwurf noch allem, was ich Dir angetan hab? Dein gute Name hab ich in de Tred gesoge — Dein Gut hab ich Dir abgehant, un Du —“

„Doch gut sein, Andres!“ unterbrach ihn der andre mild. „Du hast's nit besser gewußt! Wir Meniche sin ewe mancherol mit Blindheit geschlage un tun dann, was uns reut, wenn uns die Tage uffgehn? Gott sei Dank, daß es noch in letzter Stund zwische uns zwaa alte Kerl flor is“

worn. Wer mach, wie lang es noch dauert, bis se uns auch do hinaustrage wie heit den arme Lorenz — loß uns die paar Tag noch so zusamme lewe wie domols, Andres, wie wir noch junge Borsch worn. Ich trag Dir nit nooch!“

Mit einem unterdrückten Seufzen sank Andreas Hissenauer an die Brust des wiedergewonnenen Freundes. Stumm hielten sich die beiden Männer umschlungen, während Frau Marie gerührt ihr Laidentuch an die Augen preßte und die Hände wie zum Dankgebet faltete. Waren doch die Schatten, die das Leben in ihrem Hause fast ein Menschenalter lang verdüstert hatten, jetzt endlich gewichen, und begann doch von nun an ein neues sonnenhelles Leben für sie alle, jetzt, nachdem die Versöhnung mit der feindlichen Familie geschlossen und der schimpfliche Verdacht von dem Namen Berger genommen war.

Zu der ersten, feierlichen Szene in der Stube pahic wertz das fröhliche Trällern eines Liedes, das von dem Gange hereinklang.

„Ein Mädchen oder Weibchen, wünscht Papageno sich,“ sang Georg draußen mit heller Stimme und trat gleich darauf in das Zimmer. Beim Erblicken des unerwarteten Besuchs und der Situation, in welcher sich derselbe befand, blieb der junge Mann einen Augenblick erschauert stehen und warf einen fragenden Blick auf die Mutter, die ihm mit Freudentränen in den Augen zunichte.

„Der Herr Hissenauer kimmt zu uns?“ fragte der Durche dann noch immer zweifelnd. „Do hot des Malche doch recht, wie mir's vorgestern gelagt hot, daß noch alles gut werd? Gott sei Dank!“

Und bewegt trat er auf den Besucher zu, um ihm die Hand zu bieten und seiner Freude über die stattgefundenen Versöhnung Ausdruck zu geben.

Nun ging es an ein Händedrüken, Erklären und Verbindern gegenseitigen Wohlwollens. Freimütig offenbarte Georg dem Vater der Geliebten, daß zwischen ihm und Mädchen eine innige Herzensneigung bestehe, daß Malchen, um ihn vor Gewissensbissen zu bewahren, es gewesen sei, welche ihn zum rücksichtslosen Bekennen der Wahrheit vor Gericht veranlaßt habe. Ihr sei es zu danken, daß er darauf offen mit seinem Vater Rücksprache genommen, und dieses von Lorenz belauschte Gespräch habe zur Folge gehabt, daß der Anrecht seine Tat eingestanden habe.

(Schluß folgt.)

Provinz und Umgegend.

Wie Kriegsbeschädigte behandelt werden.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nummer 101 der „Volkstimme“ eine Notiz, in der ausgeführt wurde, daß die Direktion der Halberstadt-Blankenburger Privatbahn einem Kriegsinvaliden auf eine Teuerungszulage sieben Zehntel der Rente anrechnete. Als der Invalid bei der Regierung durchgesetzt hatte, daß die Direktion die Teuerungszulage ganz zahlen mußte, sei der Invalid entlassen worden. Dazu sendet uns nun die Direktion eine sogenannte Berichtigung. Ihr ist zu entnehmen, daß der Invalid neben freier Dienstkleidung, Wohnung, Benutzung eines großen Gartens und Bewirtschaftung des Bahnhofs 1327 Mark Gehalt erhielt, wöchentlich also 20,60 Mark dazu trat die Militärrente.

Unter Hinweis auf diese Tatsachen, heißt es dann wörtlich in der „Berichtigung“, ist allerdings später eine Kürzung der Bezüge um jährlich 40 Mark vorgenommen worden.

Damit wird bestätigt, was wir behaupteten. Wenn die Direktion dann weiter berichtet, daß sie den Invaliden nicht wegen seiner Verwunde, sondern wegen völliger dienstlicher Unzulänglichkeit ohne Pension in den Ruhestand versetzt, d. h. also kurzhand entließ, so spricht dagegen die Tatsache, daß sie danach einen Mann ein volles Jahr im Bahnbetriebe belassen hat, der nach der Richtschnur nicht den einfachsten Anforderungen gewachsen war. Denselben Mann hat die Direktion aber auch vor der Kriegszeit beschäftigt.

Die sehr verehrte Direktion müßte selbst Unbeteiligten an dem Streite jubelnd zuhören, wenn sie annimmt, daß man ihrer Berichtigung unter den gegebenen Umständen ohne weiteres Glauben schenken kann.

Wahlkreis Wangleben.

Groß-Osterleben, 14. Mai. (Eine öffentliche Gemeindevertreter-Sitzung) findet am Donnerstag den 16. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal der Witwe Nütze statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Antrag: Beschlußfassung über Anschluß an Magdeburg in der Lebensmittelversorgung.

Wahlkreis Kalbe-Mischerleben.

Mischerleben, 14. Mai. (Gewerkschaftskartell) Auf die am 15. Mai bei Zehse stattfindende Kartellung werden die Kartellbelegten sowie Vorsitzenden der Gewerkschaften besonders hingewiesen.

(Die Auszahlung der Kriegsunterstützung) erfolgt am 15. und 16. Mai im Stadtkassendirektionsbüro in nachstehender Reihenfolge: 15. Mai 8—12 Uhr vormittags jede Stunde 325 Nummern, 3—5 Uhr nachmittags 1301—2000. Am 16. Mai 8—12 Uhr vormittags Nr. 2001—3300, 3—5 Uhr nachmittags 3301 bis 9999. Zur besonderen Beachtung wird darauf hingewiesen, daß Zahlungen ohne Ausweis nicht erfolgen.

(Grabhügel.) Der Magistrat verweist darauf, daß eine größere Anzahl Reihengräber in nicht geordnetem Zustande sind. Werden diese Grabhütten nicht baldigt in einen guten Zustand versetzt, erfolgt die Einsegnung durch die Friedhofsverwaltung.

Frohse, 13. Mai. (In der Mitglieder-Versammlung) des Vorkriegsvereins am 11. Mai hielt Genosse Weim (Magdeburg) einen sehr heftig aufgenommenen Vortrag über „Der Krieg und die Zukunft der Arbeiterklasse“. In der Ansprache beteiligten sich die Genossen Kullf und Lange, welche dem Referenten beifälligsten, daß gegen eine vollständige Verarmung der breiten Masse infolge der Ansammlung des Kapitals in wenige Hände nur der restlose Zusammenschluß aller Arbeiterschichten helfen könne. Den Bericht von der Aussprache mit dem Herrn Bürgermeister gaben die Genossen Lange und Duldhardt. Die Aussprache war notwendig, da hier ein Vertreter der Arbeiterschaft in der Lebensmittelformission keinen Sitz hat. Die Versammlung war mit der Tätigkeit der Kommission einverstanden, gab aber dem Vorstand den Auftrag, falls in Kürze die Einführung der Rundenlisten nicht erfolgt, die nötigen Schritte zu unternehmen. Als Unterlassener wurde Bekken gewählt. Weiter gab der Vorsitzende noch die Abrechnung vom letzten Unterhaltungsabend bekannt und erstattete Bericht über die Agitationsfähigkeit im April. Mit der Aufforderung, rege Tätigkeit für unsere Organisation zu entfalten, wurde die Versammlung geschlossen.

Quedlinburg, 14. Mai. (Familien-Unterstützung) für Familien der Kriegsteilnehmer werden gezahlt: Im Rathaus, Polizei-(Nach-)Wachraum, Eingang Hofen. Mittwoch den 15. Mai, vorm. 9 bis nachm. 12 1/2 Uhr für die Buchstaben A—G, nachm. 2 1/2 bis 4 1/2 Uhr für die Buchstaben H—K. Donnerstag den 16. Mai, vorm. 9 bis nachm. 12 1/2 Uhr für die Buchstaben L bis R und S, nachm. 2 1/2 bis 4 1/2 Uhr für die Buchstaben Sch, St bis Z. Die Geldempfänger müssen nach Namensaufruf sich „hier“ amworten. Die Reihenfolge ist genau einzuhalten. An Kinder unter 14 Jahren wird kein Geld gezahlt.

(Festnahme eines Diebes.) Von der Polizei wurde hier ein weiterer Dieb und schwerer Einbrecher in der Person des aus der Freianstalt entlassenen, aber jahreslänglich gewordenen Unteroffiziers Ernst Krenzenfeld festgenommen und der Militärbehörde zugeführt. Der Festgenommene hat bei seiner Vernehmung eingestanden, mit dem schon verhafteten Fahnenflüchtigen Klapproth gen. Gante gemeinschäftlich zunächst den Einbruch auf dem Klosteramt Wertz und daran anschließend in derselben Nacht den Einbruchsdiebstahl im Vorraum der Kriegsküche auf der Alleestraße, wo sie Del und Salz stahlen, ausgeführt zu haben. Das Del haben sie dann in einem

Ergebnisse auf einem hiesigen Friedhof untergebracht und von da aus nach und nach verkauft. Der in Halberstadt festgenommene Fahnenflüchtige Fritz Dobe, der auch hier bei der Polizei schon von früher her noch in „gutem“ Andenken steht, kommt, wie festgestellt worden ist, nicht als Spion, sondern als Verkäufer bzw. Helfer in Frage, wobei er ein sehr lohnendes Geschäft gemacht haben soll, was zur Folge hat, daß ein großer Teil des gestohlenen Deles und Talges nicht mehr herbeigeschafft werden kann. Weiter hat Krenzenfeld eingestanden, in Gemeinschaft mit Klapproth auf dem hiesigen Bahnhof einem Weichensteller 10—12 Kaninchen gestohlen zu haben. Einen großen Teil dieser Kaninchen will er auf einen unbekanntem, über Land fahrenden Bierkutscher für 25 Mark verkauft haben.

Schöcher, 14. Mai. (Die Volksvereinsversammlung.) die am 16. Mai stattfinden sollte, wird erst später abgehalten werden.

Stahlfurt, 14. Mai. (Die Kriegsunterstützung) wird ausgezahlt am Mittwoch für die Nummern 1 bis 254 von 3 bis 5, 255 bis 508 von 5 bis 6, am Donnerstag 509 bis 762 8 bis 10, 763 bis 1016 10 bis 12, 1017 bis 1270 3 bis 5, am Freitag 1271 bis 1524 8 bis 10, 1525 bis 1778 10 bis 12, 1779 bis 2033 3 bis 5 Uhr.

(An die Mitgliederversammlung) der Volksvereinsvereine wird hiermit erinnert.

Wilsleben, 14. Mai. (Ein 10-jähriger Kirchenstreit.) Der Pastor Paul in Wilsleben wurde durch das königliche Konsistorium ohne Gehalt und Pension aus seinem Amte entlassen. Für Gläubige und Nichtgläubige hat diese Angelegenheit viel zum Nachdenken Anlaß gegeben.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Osterburg, 14. Mai. (Höchstpreise für Honig.) Der Erzeugerhöchstpreis beträgt für das Pfund Seims- oder Preßhonig 1,75 Mark, beim Verkauf in Mengen bis zu 5 Kilogramm unmittelbar an Verbraucher bis zu 2 Mark für das Pfund.

(In Kürze) kommt zur Verteilung: auf Warenkarte A Nr. 17 Grieß und Haferflocken; auf Warenkarte A Nr. 18 Graupen; auf Warenkarte B Nr. 7 Marmelade, auf Warenkarte C Nr. 19 und C Nr. 6 Sauerkraut, und zwar zur Hälfte Kohl- und Rübenjauerkraut.

(Von der Kleinbahn.) Zug 2 der Kleinbahn Osterburg-Deutsch-Freyer fährt nach dem neuen, ab 15. Mai gültigen Fahrplan 9 55 Uhr vormittags (bis 9 Uhr vormittags) von Osterburg ab. Sonst sind keine Änderungen eingetreten.

Stendal, 14. Mai. (Die Auszahlung der Unterstützungen) erfolgt im Rathaus in der Leihhalle, und zwar: Donnerstag den 16. Mai, vormittags 9—11 1/2 Uhr, an die Inhaber der Karten 1 bis 646; nachmittags von 2 1/2—4 1/2 Uhr 647—1418; Freitag den 17. Mai, vormittags 9—11 1/2 Uhr, 1419—2110; nachmittags von 2 1/2—4 1/2 Uhr 2111 und weitere Nummern. Diejenigen Personen, die noch keine Karte haben, müssen sich Freitag den 17. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf Zimmer 10 des Rathauses melden.

(Grubekasse.) Die Abnahme 17 der Grubekasse verlieren vom 15. d. M. an ihre Gültigkeit. Der Verkauf beginnt auf Abschnitt 18.

(Lebensmittel im Landkreis.) Auf den Bezugsabschnitt 21 der Lebensmittelkarte wird demnach Marmelade, Rumpfhonig oder Rübenjau abgegeben werden. Die Lebensmittelkarten sind dem Kleinhändler, von dem die Waren bezogen werden sollen, zur Abtrennung vorzulegen. Die Ware selbst wird etwa eine Woche nach Ablieferung der Bezugsabschnitte in den Geschäften gegen Rückgabe der Anträge zur Verfügung stehen.

(Magermilch) wird in dieser Woche auf Lebensmittelkarte 97 abgegeben.

(Verkaufte Abholung.) Wer es aus irgendeinem Grunde verunmöglicht hat, die Brotkarten oder Lebensmittelkarten am Freitag aus der Knabenmittelschule oder Volksschule am Rönchsfriedhof, am Sonnabend aus der Petruschule oder Knabenmittelschule abzuholen, kann sie am Dienstag den 14. Mai, nachmittags von 3 bis 5 Uhr, in der Kartenausgabestelle in der Weberstraße in Empfang nehmen.

(Bezug von Lebensmitteln.) Marmelade auf Karte 94 und Grieß auf Karte 95 können vom 13. Mai an bezogen werden.

(Herstellung weißer Backware.) Für die Zeit vom 13. Mai bis 9. Juni ist die Herstellung von weißer Backware für Kranke den Bäckern Haacke, Gudenpennig, Haacke und Martmann (Köge) übertragen worden.

(Gewerkschaftskartell) Am Donnerstag findet keine Sitzung statt; dafür tagt der Kriegsanstich für Konjumenteninteressen im „Prinzen Heinrich“.

(Diebstähle.) Dem Aderbürgers Briggemann, Bismarckstraße, wurden vier Treibriemen entwendet. Selbst auf dem Friedhof treiben die Diebe ihr Unwesen. In letzter Zeit wurden von den Gräbern Blumen und Topfpflanzen, ferner eine Gießkanne, die an eine Kette angehängt war, gestohlen.

(Von der Freibank.) Es sei darauf hingewiesen, daß die Zufuhr von Nummern, die den angelängtesten Verkauf veräumen, auf die verfallenen Nummern später kein Fleisch erhalten. Wer Anspruch auf Fleisch erhebt, muß sich nach der Reihenfolge der Nummern richten und zur rechten Zeit erscheinen.

Sangerhütte, 14. Mai. (Spirituskarten) zum Bezuge von Spiritus zu Geschäftszwecken dürfen zurzeit nicht beantragt werden. Spirituskarten erhalten jetzt nur noch solche Personen, welche nachweisen können, den Spiritus lediglich zum Zwecke der Säuglings- oder Krankenpflege zu gebrauchen.

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Gardelegen, 14. Mai. (Die getragenen Anträge) für die Arbeiter in kriegerischen Betrieben und verglichen sind hier bei Schneidermeister Ueßch in Köpke bei Schneidermeister B. Ellenberg, in Weferlingen bei Schneidermeister Otto Peters, in Döbisfelde bei Schneidermeister Schmerzschneider abzuliefern.

(Familienunterstützung.) Die diesmalige Auszahlung der Familienunterstützung findet am Mittwoch den 15. Mai in der Mädchenkassa in der Sandstraße, unten Klasse 8, statt, und zwar werden abgefordert um 2 Uhr Nr. 1 bis 75, 2 1/2 Uhr 76 bis 150, 3 Uhr 151 bis 225, 3 1/2 Uhr 226 bis 300, 4 Uhr 301 bis 375, 4 1/2 Uhr 376 bis 450, 5 Uhr 451 bis 525, 5 1/2 Uhr 526 bis 600, 6 Uhr 601 bis 675, 6 1/2 Uhr 676 bis 750, 7 Uhr 751 bis 825, 7 1/2 Uhr 826 bis 900, 8 Uhr 901 bis 975, 8 1/2 Uhr 976 bis Schluß. Die Ausweisarten sind bei Empfang des Geldes vorzulegen. Nicht abgehobene Beträge werden den Empfangsberechtigten gegen Abzug von 10 Pfg. Bringerlohn übermitteln.

(Die Mitgliederversammlungen) des Sozialdemokratischen Vereins werden während der Spargelperiode nicht mehr stattfinden, da ein guter Besuch während dieser Zeit nicht zu erwarten ist. Die Vorstandswahl wird ebenfalls auf später verschoben.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 15. Mai: Wolkig, mäßig warm, geringer Regen.

Gewinnansatz der 11. Preussisch-Östdeutschen (237. Königlich Preussischen) Klassenlotterie Klasse 5. Ziehungstag 13 Mai 1918

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Rolle gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr u. St. u. f. z.)		(Nachdruck verboten)	
In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Mtl. gezogen: 2 Gewinne zu 100 000 Mtl. 175900			
2 Gewinne zu 30 000 Mtl. 200665			
4 Gewinne zu 10 000 Mtl. 23033 188145			
8 Gewinne zu 5000 Mtl. 28081 87260 215722 227263			
104 Gewinne zu 3000 Mtl. 9334 16505 17413 18055			
22658 24025 24477 26147 27270 59436 55572 55895 66319			
60161 63630 69454 76153 76198 77228 77566 78940 78996			
82053 85791 86148 93090 95887 98738 106984 108065			
110425 112238 131794 134543 145217 148200 154434 155527			
155575 163004 172343 178086 189728 193020 195714 197439			
210782 218485 227718 231616 231643 233317			
134 Gewinne zu 1000 Mtl. 4589 5152 7394 11277 12191			
19334 23348 28836 30608 32567 35614 38452 51410 52394			
55524 58945 59324 65038 78546 78754 89943 90032 90267			
99993 101673 107122 113077 113556 118335 124489 130327			
131047 131591 132778 135049 138414 139106 142955 148509			
160373 163293 167930 170848 171730 172970 175387 179495			
183532 183971 186979 188144 188569 194524 194542 195067			
196639 204868 205030 211463 211559 211916 215140 217161			
223122 227053 231125 232135			
188 Gewinne zu 500 Mtl. 1360 10276 12730 14101 20422			
20649 28833 27012 30918 33092 38789 38729 40004 41147			
41851 44391 46392 50255 51594 54302 62090 62629 69128			
70606 70837 72605 73885 75491 76402 78887 78899 85016			
85327 86822 87073 88862 96861 97936 100650 105667			
112671 112714 113058 113999 114703 116194 117582 118399			
123861 129713 132421 132476 132538 132861 133371 136920			
138897 144419 147117 147355 147715 149262 149426 150533			
151616 156080 157025 157675 158555 159171 166634 169341			
173564 173582 173610 176484 176965 178469 180544 180995			
188004 190296 194837 198835 198922 199578 215442 215926			
216935 217472 223457 228691 228287 232323			
In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Mtl. gezogen: 4 Gewinne zu 10 000 Mtl. 23335 214418			
4 Gewinne zu 5000 Mtl. 17619 214863			
70 Gewinne zu 3000 Mtl. 1563 5660 12085 25102 26428			
28489 49141 50454 53058 54034 57538 62280 65317 69833			
70110 78488 78816 83688 80414 120186 126330 132662			
147642 147986 150913 163919 168565 179248 183315 187185			
190269 191017 215673 229521 230920			
134 Gewinne zu 1000 Mtl. 29 3564 4070 6864 9077			
9893 11177 11690 13919 14977 22797 25721 26622 32697			
33451 37697 46172 50678 53441 84939 67374 70408 70553			
73204 73433 79252 86448 94332 102313 102889 105206			
109294 110686 111284 111738 113303 116876 121057 121184			
122546 123766 125157 127142 129088 129120 136143 138247			
140972 143268 149277 162290 166514 173877 177172 178699			
180730 184644 186906 188844 194441 196224 201138 202695			
209132 212598 216053 230631			
176 Gewinne zu 500 Mtl. 1937 3693 6240 6664 8670			
8950 14163 29683 31275 35101 46356 47061 50608 51208			
54617 55546 58944 59402 62087 62473 63266 64222 64837			
66173 67644 67757 67774 68130 69875 73043 73542 74612			
75306 76850 83193 84828 84976 94838 99032 100238 100430			
102920 104158 110870 116074 115547 116728 126754 132112			
133122 133374 133729 134559 136362 138263 138526 138643			
139340 142003 148307 150053 150815 156328 157109 160763			
172777 176352 178434 178503 178888 180867 188836 190376			
194289 195552 201307 203245 208467 209445 210285 212770			
213825 219364 225031 225685 227979 229415 231378			

Schul-

bücher, Wäse, Mantel, Hörerbücher, Sprachbücher, Klappnetze, Reizeuge, Reizebretter, Wappentafeln usw. faust und verkauft man am vorteilhaftesten im 725 Antiquariat Central-Buchhandlg. Brückweg 135 (Ratswageplatz).

Musikinstrumente und Saiten aller Art Schulen für Mandoline und Gitarre. Neue Anweisung zum Selbstunterricht ohne Noten. Großes Lager! Solide Preise! **W. Kaufmann,** Semedörfer Weg 3.

Zöpfe zu bekannt billig. Preis, n. 3 Mtl. an. Fert. a. eig. Anr. jed. gew. Arbeit an. W. H. Ockelstäter Brückweg 135 (Ratswageplatz).

Gitarren für Wiederverkäufer und Händler Anrichtestarten, Glimmerkarten, Damenklappe, Klappkarten, Sandstapfen, Wappentafeln und viele neue Schöner sowie Briefmarken, Gedächtnisbriefe, Notizbücher in allen Preislagen. A. Sauer, Brückweg 7, 1066, Fernsprecher 7683 und 4278.

Britt-Zentrale

G. m. b. H.
Neue Theaterstraße 2, I. Fernsprecher 607.
Ausgabestellen:
Bahnhof Sudenburg An der Bühne Fernsprecher 5391
Elbbahnhof, Fürstenufer 24 Ende Fürstenuferstraße, gegenüber der Roonstraße Fernsprecher 2304.
Direkt aus dem Waggon. 1254
Annahme von Bestellungen zur Lieferung auf Kohlenkarten.
Frei Keller.

Stets kommt Du auf ihn zurück, denn "Planox" ist nun mal „der Gute“

HERSTELLER:
PARAGUAY-FLEISCHEXTRAKT-GESELLSCHAFT
M. B. H.
Planox ist Fleischextrakt-Erhalt

